

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2017

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2017

*Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. Dezember 2017
II A 2 – H 1221/16/10002*

Gemäß § 37 Absatz 4 der Bundeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 4 Absatz 2 des Haushaltsgesetzes 2017 übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2017.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2017

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2017 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
06	Bundesministerium des Innern		
0601	Gesellschaft und Verfassung		
532 44	Kosten für Veranstaltungen der Verfassungsorgane aus besonderen Anlässen, insbesondere für Staatsakte, Staatsbegräbnisse und zentrale Gedenkveranstaltungen	156	35
	<i>Finanzierung der Nachrufe zum Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Bundesminister Dr. Heiner Geißler.</i>		
0602	IT und Netzpolitik, Digitalfunk und Moderne Verwaltung		
812 14 apl	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich der Informationstechnik	-	3.702
	<i>Beschaffung und Einführung von Hardwarekomponenten des "Integrierten Identitätsmanagements" zu Gunsten der Ausländerbehörden der Länder und kommunalen Ebene auf der Grundlage des am 5. Februar 2016 in Kraft getretenen Datenaustauschverbesserungsgesetzes zur beschleunigten Umsetzung der Digitalisierung der Asylverfahren.</i>		
0603	Integration und Migration, Minderheiten und Vertriebene		
684 12	Durchführung von Integrationskursen nach der Integrationskursverordnung	610.077	220.000
	<i>Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Integrationskursen. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 12. September 2017 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.</i>		
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz		
0718	Bundesamt für Justiz		
681 02	Entschädigungsfonds für Opfer terroristischer Gewalt	700	1.800
	<i>Höherer Bedarf wegen gesteigener Antragszahlen im Zusammenhang mit den Entschädigungen für Opfer terroristischer Gewalt.</i>		
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft		
1004	Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge		
671 03	Erstattung der Kosten für Maßnahmen im Fischereisektor	3.000	4.700
	<i>Vorfinanzierung von später durch die Europäische Kommission zu erstattenden förderfähigen Maßnahmen nach dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf Art. 77 der VO (EU) 508/2014 i. V. m. Art. 132 Abs. 1 der VO (EU) Nr. 1303/2013.</i>		

Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushaltsplan 2017 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

14 Bundesministerium der Verteidigung**1401 Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Institutionen sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen**

559 01	Beitrag zu den Beschaffungskosten MRTT (Multi Role Transport Tanker) im Rahmen der Beteiligung an der Multinationalen MRTT Flotte (MMF).....	2.500	276.800
--------	--	-------	---------

Mehrbedarf für die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über das Multinationale Programm für Beschaffung, Betrieb und Unterstützung mehrrollenfähiger Tank- und Transportflugzeuge. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 6. Juni 2017 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

60 Allgemeine Finanzverwaltung**6002 Allgemeine Bewilligungen**

687 26	Ausgleichszahlung für PRGT Kredit der KfW an den IWF.....	1.500	3.768
--------	---	-------	-------

Mehrbedarf auf Grund des gestiegenen Zinsspreads für den langlaufenden PRGT-Kredit der KfW durch die Aufnahme des chinesischen Renminbi (RMB) in den Währungskorb der Sonderziehungsrechte (SZR) des IWF.

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Einzelplan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushalts- plan 2017 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige VE T€
1	2	3	4

06 Bundesministerium des Innern**0612 Bundesministerium**

518 02 apl Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement - 16.560

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2018 bis zu: 2.484 T€

Im Haushaltsjahr 2019 bis zu: 2.484 T€

Im Haushaltsjahr 2020 bis zu: 2.484 T€

Im Haushaltsjahr 2021 bis zu: 2.484 T€

Im Haushaltsjahr 2022 bis zu: 2.484 T€

Im Haushaltsjahr 2023 bis zu: 2.484 T€

Im Haushaltsjahr 2024 bis zu: 1.656 T€

Abschluss eines Mietvertrages für die kurzfristige Zwischenunterbringung der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS). Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 12. Juli 2017 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales**1101 Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen**

544 11 üpl Forschung, Untersuchungen und Ähnliches 5.750 386

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2019 bis zu: 386 T€

Mehrbedarf infolge höherer Kosten für ein mehrjähriges Vorhaben zur Begleitforschung für Geflüchtete.

12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur**1211 Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben**

526 02 üpl Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen 6.051 8.719

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2018 bis zu: 2.350 T€

Im Haushaltsjahr 2019 bis zu: 2.799 T€

Im Haushaltsjahr 2020 bis zu: 1.970 T€

Im Haushaltsjahr 2021 bis zu: 1.600 T€

Unterstützung der Gründung und Ingangsetzung der Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen durch Sachverständige.

Einzelplan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushalts- plan 2017 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige VE T€
1	2	3	4

14 Bundesministerium der Verteidigung**1401 Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Institutionen sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen**

559 01 üpl	Beitrag zu den Beschaffungskosten MRTT (Multi Role Transport Tanker) im Rahmen der Beteiligung an der Multinationalen MRTT Flotte (MMF)	1.000.000	135.000
------------	---	-----------	---------

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2022 bis zu: 79.000 T€

Im Haushaltsjahr 2023 bis zu: 56.000 T€

Mehrbedarf für die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über das Multinationale Programm für Beschaffung, Betrieb und Unterstützung mehrrollenfähiger Tank- und Transportflugzeuge. Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 6. Juni 2017 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

1406 Materialerhaltung der Bundeswehr

553 07 üpl	Erhaltung des Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterials der Streitkräfte.....	89.600	26.000
------------	--	--------	--------

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2018 bis zu: 600 T€

Im Haushaltsjahr 2019 bis zu: 3.600 T€

Im Haushaltsjahr 2020 bis zu: 3.900 T€

Im Haushaltsjahr 2021 bis zu: 4.200 T€

Im Haushaltsjahr 2022 bis zu: 4.900 T€

Im Haushaltsjahr 2023 bis zu: 5.300 T€

Im Haushaltsjahr 2024 bis zu: 3.500 T€

Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss des Vertrages über den Weiterbetrieb der Zentralen Bundeswehr Ersatzteil Logistik mit integriertem Materialmanagement für nicht-autarke Bundeseigene Lager der Bundeswehr (ZEBEL 7). Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 17. Mai 2017 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Einzelplan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushaltsplan 2017 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige VE T€
1	2	3	4

20 Bundesrechnungshof**2012 Bundesrechnungshof**

685 01 apl Bewertungsstudie zur Rolle des Reichsrechnungshofes - 350

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2018 bis zu: 150 T€

Im Haushaltsjahr 2019 bis zu: 120 T€

Im Haushaltsjahr 2020 bis zu: 40 T€

Im Haushaltsjahr 2021 bis zu: 40 T€

Beauftragung des Projekts "Bewertungsstudie zur Rolle des Reichsrechnungshofes".

60 Allgemeine Finanzverwaltung**6002 Allgemeine Bewilligungen**

681 01 apl Beteiligung des Bundes an Zahlungen für im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel durch Straftaten Geschädigte - 20.000

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2018 bis zu: 20.000 T€

Beteiligung des Bundes an dem von der Freien und Hansestadt Hamburg im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel 2017 errichteten Härtefallfonds. Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 18. Juli 2017 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

3. Über- und außerplanmäßige Ausgaben (ohne Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen)

Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2017 T€	über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

06 Bundesministerium des Innern**0601 Gesellschaft und Verfassung**

532 44	Kosten für Veranstaltungen der Verfassungsorgane aus besonderen Anlässen, insbesondere für Staatsakte, Staatsbegräbnisse und zentrale Gedenkveranstaltungen	156	150
--------	---	-----	-----

Mehrausgaben zur Finanzierung des staatlichen Trauerzeremoniells zum Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen. Die Rechtsverpflichtungen beruhen auf Beauftragungen für Ausrichtungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Trauerzeremoniell. Das Bundesministerium der Finanzen hat bestätigt, dass es bei rechtzeitiger Vorlage eines Antrages die Einwilligung nach Art. 112 GG erteilt hätte.

